



Brief aus Berlin

Nr. 3 | 23.02.2018

An diesem Freitag treffen sich die Staat- und Regierungschefs zum Europäischen Rat im Brüssel. Für die CSU im Bundestag steht fest: Wir brauchen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen.

Neben den Herausforderungen für Europa diskutierte der Deutsche Bundestag auch über das Elterngeld Plus. Es zeigt sich, dass die Einführung ein echtes Erfolgsmodell ist. Weitere Themen in dieser Woche: der Koalitionsvertrag mit der SPD, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche und die Lage im Nahen Osten.

Viel Spaß beim Lesen
und freundliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Marlene Lortz'.



REGIERUNGSERKLÄRUNG

Mehr Europa im Großen, weniger Europa im Kleinen

„Ein ‚Weiter so‘ in Europa darf es nicht geben“, sagte Florian Hahn am Donnerstag im Anschluss an die Regierungserklärung im Bundestag. Am Freitag tagen in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Hauptthema ist dort der EU-Finanzrahmen bis 2021.

[weiterlesen](#)



REGIERUNG

Einigung auf Koalitionsvertrag: eine neue Dynamik für Deutschland

Der Koalitionsvertrag trägt eine klare christlich-soziale Handschrift: Mit einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, einer besseren Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rente und einem digitalen und wirtschaftlichen Aufbruch für den Wohlstand von morgen. [weiterlesen](#)



INTERVIEW

Elterngeld Plus als Erfolgsmodell

Immer mehr Eltern nehmen das Elterngeld Plus in Anspruch - das wurde aus dem Zwischenbericht, der diese Woche im Deutschen Bundestag vorgestellt wurde, deutlich. Stephan Stracke, familienpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, unterstreicht im Interview, dass die Familienpolitik bei der CSU ganz oben auf der Agenda steht.

[weiterlesen](#)



NAHOSTREGION

Instabilität nimmt zu

Die Eskalation der Kämpfe in Syrien in den vergangenen Tagen haben der Bundestagsdebatte zur Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten eine dramatische Aktualität verliehen. Aber nicht nur Syrien, sondern die gesamte Region bleibt von Instabilität und Kampfhandlungen geprägt.

[weiterlesen](#)



KOMMENTAR

Ullrich: Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche muss beibehalten werden

Am Donnerstag debattierte der Deutsche Bundestag über die Gesetzentwürfe der Opposition zur Aufhebung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche. Die CSU im Bundestag lehnt die Vorstöße entschieden ab. Warum - das erklärt ihr innen- und rechtspolitischer Sprecher, Volker Ullrich, in seinem Kommentar.

[weiterlesen](#)

Kontakt

CSU im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bürgerinfo 030 / 227-51999

Weiterführende Links

www.csu-landesgruppe.de

Social Media

[Twitter](#)

Die Veröffentlichung der CSU im Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).